

“Gastarbeiter” in Singapur

Als Stadtstaat und frühere Metropole des britischen Kolonialismus in Südostasien war das Wachstum Singapurs seit seiner Gründung 1813 immer von (Arbeits-) Immigranten vor allem aus China und Indien abhängig. Erstmals wurde die Einwanderung 1933 eingeschränkt und in den 50er Jahren durch Gesetze reguliert, die allerdings bis zur Unabhängigkeit als Stadtstaat 1965 nicht für Zuwanderer von der malaiischen Halbinsel galten. Mit einer Gesamtbevölkerung von heute etwa 2,1 Mio. überwiegend chinesischer Abstammung ist Singapurs wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor von Arbeitsmigranten abhängig. Sie tragen auch heute nicht unerheblich zum Funktionieren und Wachstum der Wirtschaft Singapurs bei.(1)

Offizielle Zahlen liegen lediglich von 1983 vor, wonach 108.061 von 1.206.430 Erwerbstätigen nicht als singapureanische Staatsbürger registriert waren. Es ist schwierig, genaue Angaben für die spätere Zeit zu erhalten, da die Regierung keinerlei Zahlen veröffentlicht. Nach Schätzung der International Labour Organisation (ILO) sind von den 1,2 Mio. Erwerbstätigen Anfang 1990 etwa 120 bis 150 Tsd. Ausländer.(2) Es ist zu vermuten, daß es immer eine ziemlich große Anzahl illegal in der Stadt lebender und arbeitender Ausländer gegeben hat und gibt.(3)

Über die Herkunft der Arbeitsmigranten sind aufgrund der Datenlage auch nur Vermutungen und Schätzungen möglich. Es kann davon ausgegangen werden, daß der größte Teil von ihnen aus Malaysia kommt und chinesischer Abstammung ist. Darunter sind viele, die im Bundesstaat Johore leben und täglich in die Stadt pendeln. Ende 1984 sollen insgesamt 90.000 Malaysier in Singapur gearbeitet haben, aber mit Aufhebung der Tagesarbeitslaubnis für ungelernete Arbeitskräfte Anfang 1985 sei die Zahl bis Mitte 1985 auf 60.000 zurückgegangen. Heute liegen die Schätzungen für Arbeitsmigranten aus den ASEAN-Staaten bei 50.000 aus Malaysia, 20.000 aus Indonesien, 30.000 aus den Philippinen und 16.000 aus Thailand. (2) Bei den restlichen 30 bis 40 Tsd. ausländischen

Erwerbstätigen in Singapur handelt es sich in der Mehrzahl um Arbeiter aus Indien und Sri Lanka, inzwischen auch aus Hongkong und China, sowie Spezialisten und Managern aus Europa, USA und anderen asiatischen Ländern.

Im folgenden beschreibt der Singapureaner Paul Lim die Arbeits- und Lebensbedingungen ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen in Singapur auf dem Hintergrund seiner eigenen gewerkschaftlichen und sozialarbeiterischen Erfahrungen aus den 70er Jahren.

Thais, Indonesier und Inder arbeiten überwiegend auf dem Bau und auf den Werften. Malaysier ebenfalls, aber auch in anderen Industrien wie Textil und Elektronik. Aus den Philippinen kommen fast ausschließlich Frauen, die als Hausangestellte arbeiten. Aber auch Frauen aus Sri Lanka, Indien, Thailand und Malaysia sind als Hausangestellte beschäftigt. Anfänglich wurden die Arbeitskräfte aus Thailand, Philippinen, Indien und Sri Lanka durch Vermittlungs-Agenturen oder Unternehmen selbst zum Arbeiten nach Singapur geschleust. Einmal im Land bestärkten sie ihre Landsleute, auf eigene Faust zu kommen.

Festgestellt werden muß, daß Malaysier und Arbeiter aus Macau, Hongkong und Ostasien als traditionelle Herkunftsländer für ausländische Arbeitskräfte eingestuft wurden, obgleich es naheliegend wäre anzunehmen, daß diese Rolle den Singapur benachbarten Ländern zukommen würde. Nach Auffassung des Verfassers hängt dies mit der Ideologie der seit der Unabhängigkeit herrschenden Regierungspartei, People's Action Party (PAP), zusammen, die Völker mit konfuzianischem kulturellen Hintergrund als fleißiger und fähiger einstuft. Auf diesem Hintergrund muß das Angebot der Regierung Singapurs gesehen werden, für 25.000 Familien aus Hongkong eine Daueraufenthalts- und Arbeitsgenehmigung in den nächsten 5 Jahren zu ermöglichen.(4) Wenn die PAP-Ideologie eine Theorie der “Herrenrasse” vertritt, so ist sie klar in ihrer Diskriminierung ausländischer Arbeiter. Bereits 1988 machte sie deutlich, daß die Vorherrschaft chinesisch-

stämmiger Bevölkerung beibehalten, ein Zustrom und die Niederlassung von schlecht ausgebildeten, nicht chinesischstämmigen Ausländern verhindert werden sollte, die möglicherweise noch eine höhere Geburtenrate aufweisen als die Einheimischen.(5)

Der rechtliche Status

Für ausländische Arbeiter gelten zwei besondere Gesetze. Nach dem einen dürfen sie zwar Gewerkschaftsmitglieder werden, aber keinerlei Funktionen bekleiden. Diese sind Singapureanern vorbehalten. Hintergrund dafür ist, daß in den 50er und 60er Jahren unter den Führern der radikalen, links-orientierten Gewerkschaften viele nicht aus Singapur sondern der malaiischen Halbinsel stammten.(6) Der Verfasser konnte selber während der 70er Jahre in Fabriken Singapurs die Erfahrung machen, daß Arbeitsmigranten aus Malaysia sich der Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz und allgemein in der Politik viel bewußter waren als ihre singapureanischen Kollegen.

Ein zweite Gesetzgebung betrifft das persönliche Leben von Arbeitsmigranten, wenn sie eine Singapureanerin bzw. einen Singapureaner heiraten wollen. Die Arbeitsbehörde muß hierzu die Genehmigung erteilen, vorausgesetzt der oder die Ausländer/in arbeitet seit mindestens 5 Jahren ununterbrochen in Singapur und einer der Ehepartner erklärt sich bereit, sich nach dem zweiten Kind sterilisieren zu lassen. Falls eine Genehmigung nicht eingeholt wird, droht dem ausländischen Ehepartner der Entzug der Arbeitsgenehmigung und die Abschiebung. Der/die Singapureaner/in verliert die Berechtigung, eine Sozialwohnung zu kaufen, das Kind aus solch einer Ehe erhält keine kostenlose Schulerziehung und keine Zuschüsse zu medizinischen Behandlungen. Hierin konkretisiert sich der Glaube der PAP an Eugenik (Rassenhygiene): die Arbeiterklasse kann keinen intelligenten Nachwuchs zeugen und muß daher eingeschränkt werden. Andererseits erhalten ausländische Manager, Ingenieure, Wissenschaftler und Spezialisten eine andere Art Arbeitserlaubnis, nach der sie keinerlei Genehmigung für eine Ehe mit einem/er Singapureaner/in brauchen. Sie würden für intelligenten Nachwuchs sorgen und werden ermutigt sich zu vermehren.

Die Arbeitsbedingungen

Die folgende Beschreibung beruht auf den Arbeitserfahrungen des Verfassers während der 70er Jahre, die sich jedoch nach seiner Auffassung bis heute kaum geändert haben.

Meist sind die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen ungelernt und erhalten die arbeitsintensiven Arbeiten im Produktionsprozeß wie allgemeine Aufräum- und Säuberungsarbeiten, Maschinenführer, Bandarbeiter, Instandhaltungsarbeiten usw. Einige wenige von ihnen mögen es zum Vorarbeiter bringen, aber dieser Posten bleibt meist Singapureanern vorbehalten. Ungelernte singapureanische Arbeiter sind meist Malaien. Auf dem Bau verrichten sie sowohl Hilfs- als auch Facharbeiten. Viele arbeiten im Dienstleistungsbereich - was häufig vergessen wird - etwa als Verkäuferin oder Kellnerin.

(Tetanus). Arbeiter beschwerten sich, daß ihre Arbeitgeber ihnen nicht die notwendigen Sicherheitseinrichtungen oder -instrumente zur Verfügung stellten und sie gezwungen wurden, durch Unterschrift den Empfang zu bestätigen.(7) An Wundstarrkrampf zu sterben, mag an Unwissenheit liegen, aber offensichtlich wurde ihnen nie gesagt, daß er tödlich ausgehen kann.

Abgesehen von den erwähnten Besonderheiten, unterscheiden sich die Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeiter im Produktionsbereich nicht von denen ihrer singapureanischen Kollegen. Die verschiedenen Arbeitsgesetze gelten genau

Flexibles Arbeitskräftepotential

Ausländische Arbeiter sind die ersten, die entlassen werden, wenn eine Firma nicht gut läuft oder wenn es eine Wirtschaftszession gibt. Es wird dann der Versuch gemacht, sie aus Singapur auszuweisen, wenn sie keine alternative Beschäftigung finden. In solchen Fällen betätigen sich die Gewerkschaften als Arbeitsvermittler d.h. sie arrangieren die Übernahme der entlassenen ausländischen Arbeiter durch andere Firmen. Das ist ein Vorteil, den sie als ausländische Arbeiter durch einen Beitritt zur Gewerkschaft haben.

So schlecht werden sie behandelt, obwohl Singapurs Industrie ohne ausländische Arbeitskräfte still stehen würde. Die Bau- und Werftindustrie käme ohne sie nicht aus. Die Arbeit in diesen Branchen ist hart und Singapureaner meiden sie. Um Singapureaner zur Arbeit auf dem Bau zu bewegen, hat die Regierung eine "Bau-Brigade" als Alternative zum Wehrdienst gebildet.

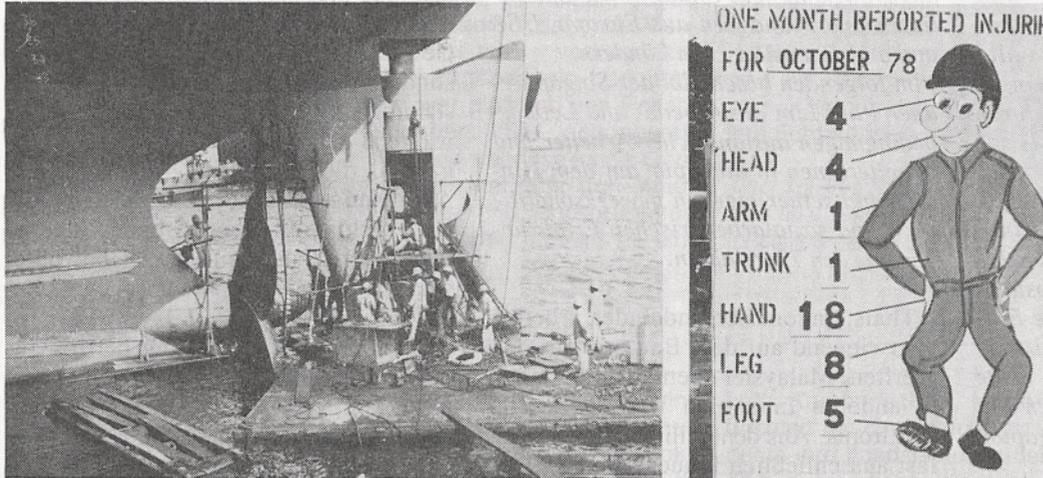
Arbeitsmigranten sind eine Reserve von Arbeitskräften, die ins Land geholt werden, wenn Arbeitskräftemangel herrscht oder um die Löhne durch eine Überschwemmung des Arbeitsmarktes zu drücken, und um sie

zu Zeiten einer Rezession, in der die Wirtschaft sie nicht aufnehmen kann, wieder aus dem Land zu vertreiben. Sie werden wie entbehrliche wirtschaftliche Tiere betrachtet, eine Sichtweise, die überall und auch schon in der Vergangenheit existierte.

Die Wohnbedingungen

Fabrikarbeiter leben in Wohnungen, die von den Firmen angemietet werden. Sie werden von Regierungsinstitutionen gebaut, wie etwa der Wohnungs- und Entwicklungsbehörde oder der Bezirksverwaltung des Stadtteils Jurong (Jurong Town Corporation). Es kann eigentlich nicht bemängelt werden, daß sie keinerlei richtige Wohnung hätten. Sie sind häufig besser als die zerfallenen Wohngebiete von ausländischen Arbeitern in Europa.(8) Allerdings muß gesagt werden, daß in einigen Fällen die Wohnungen überbelegt sind und es keinerlei Privatsphäre gibt.

Jedes Zimmer ist ein Schlafraum und in einigen Fällen müssen sich die Arbeiter ein Bett teilen d.h. wenn einer auf Nachtschicht arbeitet, benutzt ein anderer sein Bett. In der Regel handelt es sich um Doppeldecker-Betten und es sind mindestens 4 Personen in einem Raum untergebracht, manchmal bis zu 8. In einer 3-



Schiffsreparaturarbeiten; Plakat mit Unfallhäufigkeit zur Verbesserung des "Sicherheitsbewußtseins"

Foto: Singapore Business Yearbook 1979

Die meisten ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen machen Überstunden, egal ob sie in Schichten oder täglich von 8 bis 17 Uhr arbeiten, und werden bei der Entlohnung häufig betrogen. Manche fühlen sich gezwungen, Überstunden zu machen, um nicht entlassen zu werden. Andere machen freiwillig Überstunden, weil sie keinerlei Ablenkungen während ihrer Freizeit haben, und wieder andere, weil sie dringend das Geld brauchen, um ihre Familien in ihrem Heimatland zu unterstützen. Die Bereitschaft zu Überstunden wird zur Einstellungsbedingung gemacht. Es ist nicht ungewöhnlich, wenn sie 12 Stunden am Tag arbeiten. Sie können 100 Überstunden im Monat gemacht haben, obgleich die gesetzliche Obergrenze 72 Stunden beträgt.

Was die Arbeitssicherheit angeht, so gibt es dazu zwar Gesetze in Singapur, was ihre Anwendung betrifft, ist das aber eine andere Sache. In einem Zeitungsbericht von 1983 wurde z.B. von einer Untersuchung über den Tod von 10 thailändischen Arbeitern berichtet. Ursache sei ein "Virus", den sie aus Thailand mitgebracht haben können. Die Betonung lag eben darauf, daß ihr Tod nichts mit dem Arbeitsplatz zu tun habe. Ferner berichtete der Artikel von 27 Todesfällen bei Unfällen und durch Wundstarrkrampf

so für sie wie für Singapureaner.

Die Hausangestellten unterliegen besonders schlimmen Arbeitsbedingungen. Sie haben kaum gesetzlichen Schutz. Die Arbeits- und Gewerkschaftsgesetze gelten für sie nicht. Ohne Gewerkschaft sind sie der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert. Sie haben häufig keinen freien Tag, sie können die Wohnungen, in denen sie arbeiten und leben, nicht verlassen, sie sind praktisch Gefangene ihrer Arbeitgeber. Sexueller Mißbrauch, sogar durch den Arbeitgeber, ist nicht selten der Fall. Sie sind an ihre Arbeitgeber gekettet, denn Pässe und Arbeitserlaubnis sind in deren Händen, was eine Flucht weg von ausbeuterischen und mißhandelnden Arbeitgebern erschwert, wobei Arbeitgeberinnen dabei nicht besser sind. In einigen Fällen erhalten Hausangestellte nicht einmal ihren vollen Lohn. Es gibt auch Fälle, wo sie andere Arbeiten außerhalb des Hauses verrichten müssen, wie Bedienen in kleinen Restaurants oder Läden, obgleich es ein Verstoß gegen die Arbeitsgesetze ist.

Der Zustrom von Hausangestellten seit Ende der 70er Jahre ist darauf zurückzuführen, daß verheiratete Frauen angesichts eines allgemeinen Mangels an Arbeitskräften wieder dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen sollten.

Raum-Wohnung wären es dann mindestens 12, die sich eine Küche, ein Bad und eine Toilette teilen müssen. Es läßt sich vorstellen, wie das morgens früh mit dem Anstellen vor der Arbeit aussieht. Der Verfasser hat dies persönlich miterleben können, als er eine Zeit in der Fabrik gearbeitet und mit ausländischen Arbeitern zusammengelebt hat. Soweit über die physische und psychische Gesundheit.

Bei den Firmen-Unterkünften für Frauen leben Aufseherinnen mit ihnen, was einen bestimmten Grad an sozialer Kontrolle bedeutet. Ein Vorteil für die Firma ist diese Art der Unterbringung in der Obhut einer Aufseherin, da die Frauen von der Arbeit nicht entkommen können, weil die Firma Busse für den Weg zur und von der Arbeit stellt. Es ist nicht allzu schwierig, unter solchen Bedingungen die Frauen dazu zu bewegen, Überstunden zu machen. Wenn sie abends ausgehen, müssen sie zu einer bestimmten Zeit wieder zurück sein, und ferner wird zur festgelegten Zeit das Licht ausgeschaltet. In gewisser Weise werden diese jungen Frauen wie Kinder behandelt.

Die Wohnbedingungen von Bauarbeitern sind besonders schlecht. Am schlimmsten ist es, wenn sie in den Häusern schlafen müssen, die sie gerade bauen. Meist werden sie aber in Holzhütten oder Containern auf der Baustelle untergebracht. Es werden zwar Wasser, Waschgelegenheiten, Toiletten und Küchen zur Verfügung gestellt. Sie leben aber ständig im Staub.

Wie alle Arbeiter müssen auch die ausländischen Arbeiter in die Rentenversicherung (Central Provident Fund - CPF)

ein zahlen. Singaporeaner und Ausländer mit einer Daueraufenthaltsgenehmigung können die eingezahlten Gelder benutzen, um eine eigene Wohnung im Rahmen eines staatlichen Programms zu kaufen. Da die Arbeiter meist ungelern sind und Singapur sie auf Dauer nicht haben will, haben sie keine Möglichkeiten, eine Daueraufenthaltsgenehmigung zu erhalten, und zahlen in die Rentenversicherung ein, ohne eine Wohnung kaufen zu dürfen. Auch können sie die eingezahlten Rentenversicherungsbeiträge nach der Rückkehr in ihr Heimatland nicht ausgezahlt bekommen, es sei denn, sie wäre endgültig.

Verheiratete ausländische Arbeiter haben Probleme mit der Schulausbildung ihrer Kinder. Sie müssen hohe Schulgebühren für deren Ausbildung bezahlen, die für die Bürger Singapurs kostenlos ist.

Versuche, Verbesserungen durchzusetzen

Eine Beschreibung der Arbeits- und Lebensbedingung ausländischer Arbeiter wäre ohne Erwähnung von eigenen Versuchen, sie zu verbessern, unvollständig. In den 70er Jahren gab es einige größere Streiks, die vor allem auch Betriebe mit hohem Anteil ausländischer Arbeitskräfte betrafen. Auf die Rolle der staats- und regierungstreuen Gewerkschaften dabei, soll hier nicht weiter eingegangen werden.(6)

1973 kam es zum spontanen Streik gegen die Einführung von Maßnahmen zur Arbeitsintensivierung bei der Firma "Gulf Plastics". Anstelle von zwei Frauen, die drei Maschinen bedienen, sollte

eine Frau zwei Maschinen bedienen, ohne einen höheren Lohn für die Steigerung der Produktion zu erhalten. Die Frauen arbeiteten in drei Schichten und empfanden die Änderung als große Belastung, die zu gesundheitlichen Schäden führte. Es kam zu Entlassungen, Einmischungen durch die Polizei, einer Kundgebung vor der US-Botschaft und der Abschiebung von Anführern der ausländischen Arbeiterinnen.

Ein Jahr später entließ die Firma "American Marine" kurzfristig eine große Anzahl Arbeiter und zahlte

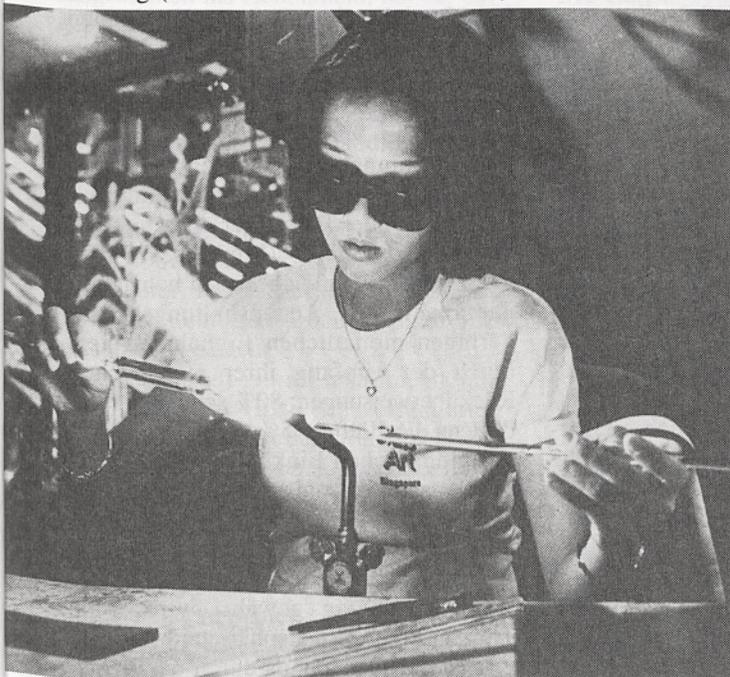
Kompensation in Form von Gutscheinen aus, die lediglich in den gewerkschaftseigenen Läden eingelöst werden konnten. Proteste dagegen führten zur Verhaftung eines Studentenführers und der Abschiebung von ausländischen Arbeitern.(9)

Ogleich es seit Ende der 70er Jahre so gut wie keine größeren Arbeitskämpfe mehr gegeben hat, scheint im Kleinen doch so manche Auseinandersetzung auch zwischen ausländischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern geführt worden zu sein. So versuchten im Oktober 1988 Arbeiterinnen aus Süd-Korea bei der Firma Philips vergeblich in einem 6tägigen "sit-in" die Forderung nach Ablösung der 6-Tage-Woche durch eine 5-Tage-Woche und die Abschaffung der Nachtschicht im Drei-Schichten-System durchzusetzen. Ferner wehrten sie sich gegen die Kontrolle ihrer Freizeit durch Aufseherinnen in den Werksunterkünften.(10)

Praktisch ohne gewerkschaftlichen oder politischen Schutz waren es nur noch einige engagierte Menschen in der evangelischen und katholischen Kirche, die die Forderungen der ausländischen Arbeiter für ihre Rechte und eine menschenwürdige Behandlung in Singapur unterstützten, was sie im Rahmen der Botschaft der Bibel als Aufgabe sahen. Es war die Kirche der neuen Armen und Unterdrückten.

Die Regierung Singapurs hat aber in den letzten Jahren alles unternommen, um solche Unterstützung und Solidarität für sozial Benachteiligte und Unterdrückte aus kirchlichen Kreisen zu verhindern. Die Verhaftung von mehr als einem Dutzend katholischer Sozialarbeiter im Mai/Juni 1987 nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA), die sich u.a. gerade auch mit der Situation ausländischer Arbeiter/innen beschäftigten und diese berieten, war wohl der schärfste Angriff gegen die Kirche (11). Mit der Verabschiedung eines Gesetzes zur Harmonisierung der Religionsgemeinschaften im Januar 1990 soll schließlich die "Einmischung" der Kirche und anderer Religionsgemeinschaften in politische und andere soziale Probleme verhindert und sogar entsprechend der Willkür der Regierung unter Strafe gestellt werden können.

Somit wird es in absehbarer Zukunft für ausländische Arbeiter wie auch für andere sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Singapur kaum einen wirkungsvollen Schutz geben, es sei denn, die Regierungen der Herkunftsländer fühlen sich aufgerufen und stark genug, durch diplomatischen Druck die Lebenssituation ihrer in Singapur lebenden Bürger ein wenig zu erleichtern. Allerdings ist hierbei, angesichts der schlechten Arbeits- und Lebenssituationen von



Singapore Business Yearbook 1979: "Arbeitskräftemangel kann nur durch den Import von ausländischen Arbeiter/innen gedeckt werden."

Arbeiter/innen in den Herkunftsländern, die nicht zuletzt ja auch von den Regierungen mitzuverantworten sind, kaum Optimismus angebracht.

Paul Lim

Der Verfasser ist Singaporeaner, war in den 70er Jahren in kirchlicher Sozialarbeit in Singapur engagiert, lebt heute als politischer Flüchtling in Brüssel, wo er 1989 in Soziologie promovierte. (Einleitung, Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung von Peter Franke)

Anmerkungen

- (1) vgl. Stahl, C.W., International Labour Migration and the ASEAN Economies, Working Paper by the International Migration for Employment Branch of the International Labour Organisation, June 1984, S. 57ff
- (2) Abella, Manolo; International Labour Organisation, Migration in the ASEAN Region: Trends and Dimensions, Bangkok 1990, S. 5 Manuskript
- (3) Die Einführung der Prügelstrafe für illegale Einreise Anfang 1989 machte dies deutlich, als die indische und thailändische Regierung gegen solche Art der Verschärfung der Bestrafung protestierten und durch Druck auf die Regierung Singapurs erreichten, daß ihren jeweiligen illegal in Singapur eingereisten Staatsbürgern eine Amnestie zugestanden

- wurde. Mit großem Aufwand repatriierten Indien und Thailand jeweils 10.000 Bürger ihres Landes, um sie vor der Bestrafung zu schützen. vgl. SOAI 2/89, S. 29 u. 3/89, S. 35
- (4) vgl. SOAI 3/89, S. 36
- (5) vgl. FEER 9.6.1988, S. 20
- (6) zur Rolle der Gewerkschaften und ihrer Geschichte in Singapur vgl. Paul Lim, Von politischen Verbänden zu Produktionsgewerkschaften, in SOAI 2/88, S. 33ff
- (7) Singapore Monitor 10.12.1983
- (8) der Verfasser lebt z.Zt. in Brüssel
- (9) vgl. hierzu auch: Selangor Graduates Society, Plight of the Malaysian Workers in Singapore, Petaling Jaya 1978, 35 S.
- (10) Straits Times 22.10.1988
- (11) vgl. SOAI 2/87, 3/87

“Maid in Singapore”

Manuelle Hausarbeit im High-Tech-Wunderland

Seit Ende der 70er Jahre sind ca. 20.000 ausländische Hausangestellte in den kleinfamilialen Haushalten von Singapurs Geschäftsleuten, Akademikern, der technologischen Intelligenz und des Mittelstands tätig. Den größten Anteil der nach ILO-Statistiken verzeichneten legalen Arbeitsverhältnisse stellen philippinische Frauen, und ihre Anzahl ist aufgrund der wachsenden Popularität Singapurs als Übersee-Arbeitsplatz im Wachsen begriffen. Ohne Frage besteht in der hochtechnologisierten Gesellschaft Singapurs ein Mangel an niedrigentlohnenden manuellen Arbeitskräften. Die Hausarbeit verläuft wie in allen kapitalistischen Metropolen auch hier getrennt von der öffentlichen Produktion und muß privat, in der Regel von der Frau geleistet werden. Die hohe außerhäusliche Erwerbstätigkeit von Singaporeanerinnen, insbesondere von Akademikerinnen und Frauen der Mittelschicht sowie eine chronische Unterversorgung an Kindertagesstätten und -krippen ließen den Bedarf an bezahlten Hausarbeiterinnen offensichtlich werden. Seit Anfang der 80er Jahre war es der Regierung ein Anliegen, zum Zwecke der “Züchtung intelligenten Nachwuchses” auch verstärkt Akademikerinnen zur Heirat und zum Kinderkriegen zu überzeugen, nicht zuletzt sollte ihnen die Verbindung von Berufs- und Familienleben durch Steueranreize schmackhaft gemacht werden.

Einer in Singapur Anfang der 80er Jahre angefertigten Untersuchung zufolge sind “die meisten philippinischen Hausangestellten alleinstehend, zwischen 20 und 29 Jahre alt und vergleichsweise gut ausgebildet. Vor der Arbeitsaufnahme in Singapur waren sie in der Mehrzahl in anderen Berufen als dem der Hausangestellten tätig und verdienten dabei weniger als 200 S\$ (ca.100 US \$). Sie stammen überwiegend aus Großfamilien und gehören zu den ältesten Kindern”. (Studie, S. 49) Überwiegende Herkunftsgebiete sind die bergige, trockene, und schlecht zu bebauende Provinz Ilocos und die außer Metro Manila am stärksten urbanisierte Region und Ziel vieler Inlandsmigranten, Süd-Tagalog - beides Sprungbretter der Auslandsmigration aus Mangel an ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten.

Von der ohnehin enormen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf den Philippinen sind Frauen und auch qualifizierte Frauen in besonderem Maße betroffen. Die Mehrzahl der befragten Frauen, fast 90%, hatten entweder einen höheren Schulabschluß oder sogar einen Collegeabschluß. Ihre vormaligen Tätigkeiten umfaßten etwa zu gleichen Teilen: den Beruf der Krankenschwester, Hebamme, Lehrerin, die unter den qualifizierten Tätigkeiten zu den niedrigstentlohnten zählen; Arbeit im Büro, Hausangestellte in den städtischen Haushalten

und Fabrikarbeiterinnen bzw. Nicht-Berufstätige

Als Älteste der Großfamilie, einem zumindest außerhalb der Großstädte noch sehr wichtigen und intakten Sozialgefüge, kommt ihnen eine besondere Verantwortung für die Altersversorgung der Eltern und die Ausbildung der jüngeren Geschwister zu. Von den verheirateten Frauen (ca. 20%) war die Hälfte geschieden, aber fast alle hatten kleine Kinder zurückgelassen, die sie zu versorgen hatten. (Studie, S. 34-40)

Das stärkste Abwanderungsmotiv war für alle die wesentlich höheren Einkommensmöglichkeiten im Ausland. Genährt durch Informationen von Freunden, Verwandten und von den Vermittlungsagenturen stark übertrieben, haben sie eine Lohnerwartung von 200 bis 400 US\$. Das Realeinkommen erreicht meist jedoch nicht einmal den empfohlenen Minimallohn von 200 US\$ pro Monat. Viele sind so gezwungen, wollen sie ihre Familien nicht enttäuschen und ihren finanziellen Verpflichtungen wie auch der Abzahlung von Schulden nachkommen, zusätzliche Jobs als Putzfrau, Wäscherin oder Babysitter an den freien Tagen anzunehmen (Studie, S.73-75). Trotz der im Vergleich zu den hohen singaporeanischen Lebenshaltungskosten geringen monatlichen Einnahmen verblüfft der Umfang ihrer monatlichen Rücküberweisungen: 80% schickten mindestens die Hälfte, 35% sogar Dreiviertel der monatlichen Einkünfte nach Hause. Für Kost und Logis sowie ein kleines Taschengeld müssen sie z.T. mehr als 11 Stunden arbeiten, ohne daß ihnen der laut Arbeitsvertrag zustehende regelmäßige, freie Wochentag gewährt wird. Eine Trennung von Privatsphäre und Arbeitszeit ist darüber hinaus durch das Leben im Haushalt der Arbeitgeber schwer möglich. (Studie, S.66/67)

In einem 1986 vom katholischen Krise-